



29.07.2011

Leistungsträger nicht bestrafen: MIT lehnt Anhebung des Spitzensteuersatzes ab

"Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes würde die Leistungsträger unseres Landes bestrafen", erklärt Jürgen Presser, stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Leistungsprinzip dürfe nicht für populistische Forderungen in der parlamentarischen Sommerpause geopfert werden. "Wer nach einem höheren Steuersatz für Reiche ruft, vergisst, dass auch viele kleine Unternehmen von der Erhöhung betroffen wären", betont Presser.

Um die geplante Entlastung von kleineren und mittleren Einkommen zu finanzieren, sei es vielmehr notwendig, Staatsausgaben zu senken, statt Steuern zu erhöhen. "Es müssen Vergünstigungen gestrichen werden, beispielsweise die Subvention für die Autobranche zur Entwicklung von Elektromobilität", sagt Presser.

Die MIT appelliert an die Koalitionspartner, sich an die vereinbarten Aussagen zur Steuerpolitik zu halten und diese kontinuierlich umzusetzen, statt zu torpedieren. "Jetzt das Gegenteil von dem zu fordern, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, ist kontraproduktiv und schadet dem Ansehen der Koalition", unterstreicht Presser.

Hintergrund

Norbert Barthle, Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte die Einführung einer zusätzlichen Stufe im oberen Bereich des Einkommenssteuertarifs vorgeschlagen. Zur Zeit wird der Spitzensteuersatz von 42 Prozent ab rund 53.000 Euro Jahreseinkommen fällig; ab gut 250.000 Euro steigt er auf 45 Prozent.